

# Rechtspopulistische und rechtsextreme Organisationen

## Eine stets lebendige Tradition seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland

Nach dem Brexit am 17. Juni 2016 in Großbritannien folgte der Sieg des Rechtspopulisten Donald Trump im Präsidentschaftswahlkampf am 8. November 2016 in den USA. Trump hat gegen den Widerstand aus den Reihen der eigenen republikanischen Partei einen unerwarteten Sieg über Hillary Clinton von der Demokratischen Partei errungen. – Damit wird der behauptete Siegeszug der Rechtspopulisten in vielen europäischen Staaten angefeuert. Marine Le Pen, die Vorsitzende des französischen Front Nationale, hat nach der Wahl als eine der Ersten gratuliert. - Was wird aus Frankreich? Könnte dort Marine Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen gewinnen? - Auch in Deutschland finden in 10 Monaten Wahlen statt, Bundestagswahlen. Es wird erwartet, dass erstmals eine rechte Partei die 5%-Hürde überspringt. Die AfD begrüßte jedenfalls die Wahl von Donald Trump und Frauke Petri hat auch gleich gratuliert.

Beunruhigend ist, dass der Rechtspopulismus fast überall in Europa und darüber hinaus in Amerika Konjunktur hat und für Renationalisierung und gegen Einwanderung eintritt. Fremdenhass und Rassismus bilden die demokratiefeindlichen Auswüchse irrationaler Überzeugungen.

## Rechte Gruppierungen seit Gründung der Bundesrepublik

Rechtsextremes Gedankengut ist in Deutschland trotz des in jeder Hinsicht desaströsen 2. Weltkriegs nie ganz besiegt worden. Mal abgesehen davon, dass CDU und CSU an ihren rechten Rändern solche Strömungen einbanden, gab es im Laufe der Zeit immer wieder nach rechts tendierende Parteien und Gruppierungen: SRP (Verbot 1952), BHE (1961 Fusion mit der Deutschen Partei zur Gesamtdeutschen Partei), NPD, Republikaner, DVU (1987 gegründet, 2011 mit der NPD vereinigt), die Wehrsportgruppe Hoffmann (1980 verboten), die Wiking- Jugend (1994 verboten), die Mordbande NSU, AfD (seit 2013), PEGIDA, die „Reichsbürger“, um nur die geläufigsten zu nennen. PEGIDA-Anhänger demonstrieren wöchentlich vor allem in Dresden („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“, gegr. 2014). Sie beanspruchen in der ihnen eigenen Großschnäuzigkeit, das Volk zu sein. An den Demonstrationen nehmen regelmäßig Anhänger der AfD teil. Es gibt also Überlappungen. - Allen rechten und rechtspopulistischen Gruppierungen in Deutschland ist gemeinsam, dass sich bei ihnen nationalsozialistisches Gedankengut wiederfindet, mal historisch vermittelter, mal direkter in den sozial- und machtpolitischen Vorstellungen.

Das liegt u.a. auch daran, dass die junge Bundesrepublik glaubte angewiesen zu sein auf fachkundige, nationalsozialistisch belastete Beamte - das zeigt besonders deutlich das ehemalige Justizministerium in der Bonner Villa Rosenberg. Oder erinnern wir uns an den Fall Kiesinger. Oder erinnern wir uns daran, dass nach 1945 keiner ein Nazi gewesen sein wollte. In der Tat konnte man sich leicht in der Menge der Bürger verstecken und etwa behaupten, der andere habe ja auch nichts gegen das NS-Regime unternommen. Das Argument habe ich persönlich von vielen zu hören bekommen, wenn es ihnen darum ging, die Verstrickung der eigenen Familie in der Zeit des Nationalsozialismus zu entschuldigen.

Manche der ehemaligen Gefolgsleute Hitlers fühlten sich nach 1945 gedemütigt und nahmen gern die Gelegenheit wahr, sich mit Gleichgesinnten zusammenzufinden. Besonders

schmerzlich war die gefühlte Unterwerfung natürlich für diejenigen, die im 3. Reich Privilegien genossen hatten und nicht bereit waren, sich mit den Verbrechen der nationalsozialistischen Ära auseinanderzusetzen.

Das ist wohl auch der Grund dafür, dass der Rechtspopulismus unter den heute Alten etwas überrepräsentiert auftritt (s. AfD). Bei der Betonung des nationalen Gedankens und der Skepsis bis Feindlichkeit gegenüber Fremden darf niemals vergessen werden, was dadurch an Unheil entstehen kann und geschieht. Den Deutschen steht es jedenfalls gut an, die eigene Vergangenheit nicht zu vergessen. Vielleicht kann das helfen, Renationalisierung und Rassismus nicht wieder groß werden zu lassen.

Für ein – teilweise gespenstisches – Weiterleben von NS-Gedankengut hat natürlich auch der Umstand gesorgt, dass sogenannte Befehlsempfänger sich leicht exkulpieren konnten, indem sie aussagten, dass sie gehorchen mussten. Nur 1% aller identifizierten NS-Verbrecher wurde verurteilt. Im Jahre 2015 kam es noch in Lüneburg zum Prozess gegen den früheren SS-Mann Oskar Gröning wegen Beihilfe zum Mord in über 300 000 Fällen in Auschwitz, nachdem endlich eine Gesetzesänderung vorgenommen wurde, die es ermöglichte, nunmehr neben den Haupttätern auch Gehilfen zu verfolgen, die „nur“ Befehle befolgt hatten. Oskar Gröning war damals 93 Jahre alt und wird als „Buchhalter von Auschwitz“ bezeichnet. Die kleineren Verbrecher des Systems, und nicht nur die, sind heute – sofern sie überhaupt noch leben - über 90 Jahre alt und konnten 70 Jahre lang als Bürger unter Bürgern leben. Daher auch der „Schlachtruf“: „70 Jahre sind genug“, an dem man untrüglich eine wie auch immer konkret ausgestaltete rechte Gesinnung ablesen kann. - Diesen Leuten kann man nur empfehlen, die Orte in Osteuropa aufzusuchen, an denen Tausende, Zigtausende, ja Hunderttausende, gar Millionen von Juden und Roma und Sinti ermordet wurden.

## AfD erschwert Koalitionsmöglichkeiten

Zum Problem werden rechte Parteien dann, wenn sie die Koalitionsmöglichkeiten der Mehrheitsparteien erschweren. Die Landtagswahlen des Jahres 2016 in Baden-Württemberg (15,1%), Rheinland-Pfalz (12,6%), Mecklenburg-Vorpommern (20,8%), Berlin (14,2%), Sachsen-Anhalt (24,3%) brachten der AfD starken Zuwachs und beflügelten deren Ehrgeiz hinsichtlich eines starken Ergebnisses bei der Bundestagswahl des Jahres 2017.

Genährt wurden diese Zukunftsträume durch die von vielen so genannte „Flüchtlingskrise“. Sie belebte Ängste von Frustrierten und Zukurzgekommenen, dass der Sozialstaat für ihre Bedürfnisse nicht genügend Mittel übriglassen würde und ihre Mieten nicht genügend subventionieren könnte oder dass Flüchtlinge ihnen die Arbeit wegnehmen könnten. Viele haben/hatten auch Angst vor Überfremdung speziell durch den Islam. Sie fürchten den Untergang des deutschen Nationalstaats. Es handelt sich bei den Sympathisanten aus Angst vor Verlust der eigenen sozialen Stellung also nicht zwingend um Rechte aus Überzeugung, sondern aus einem Krisenbewusstsein heraus. Diese Bürger versprechen sich Abhilfe von einem autoritären Staat, was ja auch nicht gerade demokratische Gesinnung verrät. Mir ist kein Beispiel bekannt, dass ein solcher Staat nicht Einfluss nimmt auf die Pressefreiheit, die Freiheit des Rechts und die Freiheit der Lehre und damit die Freiheit der Bürger insgesamt einschränkt. Dies gilt in erster Linie für die Türkei unter Erdogan, aber zunehmend auch für die EU-Staaten Polen und Ungarn.

Viele AfD-Sympathisanten können aber sicher zurückgeholt werden für die demokratischen Mehrheitsparteien, wenn Staat und Bürger mit Gesetzen und konkreter Hilfe die Integration der Flüchtlinge voranbringen. – Hinzuzufügen ist noch, dass die AfD nicht nur bei den unteren Schichten der Gesellschaft punktet, sondern auch, wie man so gern politisch korrekt sagt, in der „Mitte der Gesellschaft“ angekommen ist.

Seit der 2. Hälfte des Jahres 2015 starrten die Medien wie das Kaninchen vor der Schlange auf die anwachsende Zahl und Stärke der einstigen Anti-Euro-Partei des Professors Lucke, die anlässlich der Zugewinne bei den Landtagswahlen (s.o.) Triumphe feierte. Inzwischen haben die Medien begonnen, ihre Rolle im Umgang mit der AfD zu reflektieren. Das Stichwort heißt Entzauberung, und diese geschieht durch Recherche und sachkundige Beiträge in Wort und Bild/Ton. Man darf davon ausgehen, dass die Zahl der AfD-Wähler nicht weiter anwächst, ja dass eine Eindämmung zu Gunsten der demokratischen Parteien gelingen wird<sup>1</sup>.

Ob es in absehbarer Zeit gelingt, die rechtspopulistische AfD auf einstellige Prozente zurückzudrängen, hängt vom politischen Klima in Europa ab und vom sozialpolitischen Kontext. In Hamburg z.B. käme nach einer neuen Umfrage die AfD nicht wieder in die Bürgerschaft.

## Die „Reichsbürger, eine typisch deutsche Gruppierung

Im weiteren Verlauf dieses Beitrags möchte ich mich auf die „Reichsbürger“ konzentrieren und versuchen, Merkmale dieser Gruppe und ihrer Anhänger zu skizzieren. Die „Reichsbürger“, seit ein paar Monaten unter Beobachtung des Verfassungsschutzes, wurden seit längerer Zeit eher für Außenseiter, Spinner und Verschwörungstheoretiker gehalten. Einzelne aus dieser verstreuten und zahlenmäßig kleinen rechtsradikalen Bewegung sind aber gewalttätig und im Besitz von Waffen oder gar Waffenlagern. Sie erkennen die Bundesrepublik Deutschland nicht an, bezeichnen sie als GmbH. Sie halten am Deutschen Reich in den Grenzen von 1937 fest und zeigen damit ihre Nähe zum Nationalsozialismus. Auf den „Anschluss“ Österreichs beziehen sie sich offenbar nicht, ebenso wenig auf die Zerschlagung der Tschechoslowakei; damit würden sie die Tradition des Dritten Reichs zu offensichtlich fortsetzen und wären sofort als nationalsozialistisch eingeordnet. Sie haben sich in der Vergangenheit strafbar gemacht durch ihre Weigerung, Steuern zu zahlen oder anderen Behördenauflagen zu folgen. Auch Urkundenfälschung wird ihnen zur Last gelegt; sie haben eigene Pässe gedruckt für ihre Anhänger. Das alles kann man nachlesen in zahlreichen Presseveröffentlichungen.

Wie gesagt, man ist geneigt, in den Reichsbürgern nur skurrile Spinner zu sehen mit einer besonders ausgeprägten Schwäche für historischen Dilettantismus, aber hinter der Fassade verbirgt sich doch ein gefährliches Ausmaß an Destruktivität der Bundesrepublik gegenüber. Die Gefahr liegt darin, dass sie zur Erhöhung des Gewaltpotentials in der Gesellschaft beitragen und dass sie etwa bei PEGIDA und auch an die äußeren Ränder der AfD andocken können. - Die Vorstellung von der fehlenden Rechtmäßigkeit der Bundesrepublik Deutschland und der Verweis auf eine GmbH hat ja zunächst etwas Befremdliches, ja Absurdes. Man meint, in seinem Gegenüber einen Spaßvogel zu erkennen, zumal diese Vertreter zunächst noch nicht so mutig waren, wie sie zunehmend durch die sogenannte Flüchtlingskrise und angewachsene Fremdenfeindlichkeit geworden sind. Zunächst haben sie noch eher schüchtern gelegentlich mal die Köpfe erhoben, um sie gleich wieder einzuziehen, wenn man sich anschickte zu widersprechen.

## Fazit

Durch Trumps „America first“ wird deutlich, dass sich die demokratischen USA mindestens ein Stück weit von der Weltbühne verabschieden. Auch soll Europa künftig mehr zur Kasse gebeten werden. Trump fordert von Europa höhere Beiträge in der NATO, hier sind besonders die baltischen Staaten angesprochen. Insgesamt müssen die Europäer das

---

<sup>1</sup> Das Verhältnis der DDR bzw. der neuen Bundesländer zur AfD verdient eine gesonderte Betrachtung.

transatlantische Bündnis neu denken. - Der Rechtspopulismus gefährdet auch den Zusammenhalt in der EU. „Das Volk“ erfindet sich gerade in vielen europäischen Ländern und den USA neu: Der Wutbürger bringt sich in Position durch faktenfreie Argumentation, emotionale Verbalinjurien und tendenziell gewalttätiges Auftreten und Handeln.

Was können wir also tun? Uns auseinandersetzen, für Veränderungen offen sein, konkret argumentieren, uns politisch aktivieren für die Demokratie. Nur redliche politische Auseinandersetzung kann eine weitere Zunahme des Rechtspopulismus verhindern und somit eine Rolle rückwärts hin zu nationalem Egoismus und hin zu einem erneuten Zivilisationsbruch.

24.11.17

Dr. Bettina Wehner